



Montag, 27. Juni 1977

Blatt 1596

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) Neues Jugendzentrum in Floridsdorf
- Lokal: Ehrung von Hausgehilfinnen im Rathaus  
(orange)
- Kultur: Zum 6. Male: Jugend und Musik in Wien  
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

neues jugendzentrum in floridsdorf

1 wien, 27.6. (rk) vizebuergemeisterin gertrude  
f r o e h l i c h - s a n d n e r wird montag, den 4. juli, das 16.  
jugendzentrum der stadt wien in der mautner-villa, 21, prager  
strasse 20, eroeffnen.

ein tag der offenen tuer anlaesslich der eroeffnung dieses  
jugendzentrums von 14 bis 22 uhr bietet eine fuehle von attraktionen.  
so von 14 bis 16 uhr ein blasmusikkonzert, von 14 bis 18 uhr ein  
kinderfest mit wettbewerben, einer sonderaktion mit bildhauern, einer  
ausstellung, einer bild-ton-licht-show, bastelarbeiten, keramik etc.  
von 15 bis 19 uhr gibt es eine blutspendeaktion, um 18 uhr ein frei-  
luftkonzert der "acid", und abends eine grillparty im freien. jeder  
besucher erhaelt ein geschenk.

ferner gibt es noch eine video-aktion, elferschiessen, ein  
katastrophenzelt, sonderaktionen fuer muetter und grossmuetter.

eine besondere attraktion duerfte sein, dass hunderte kinder  
gemeinsam eine strasse bemalen-. thema: "wie stelle ich mir  
floridsdorf vor". (os)

0922

L o k a l :

=====

ehrung von hausgehilfinnen im rathaus  
die "perlen" von wien sind im aussterben

2 wien, 27.6. (rk) dieser tage wurden im wiener rathaus neun hausgehilfinnen fuer ihre langen und treuen dienste bei ein und demselben dienstgeber, durch die stadt wien geehrt.

unter den neun "perlen" war auch emmerich s u c h y , der nicht weniger als 27 jahre den beruf einer maennlichen "hausgehilfin" ausuebt. ihr 55. dienstjubilaeum feierte die hausgehilfin frieda f l i c k , und mehr als 25 jahre steht johanna k o e l l n e r als hausgehilfin im dienst. alle drei arbeiten mehr als ein vierteljahrhundert im altersheim st. josef, in hietzing und werden sowohl von ihrem dienstgeber, als auch von den "betreuten" hoch geschaezt.

landtagspraesidentin maria h l a w k a wuerdigte mit herzlichen worten die verdienstvolle taetigkeit aller geehrten und ueberreichte ihnen in vertretung des buergermeisters ein diplom und als ehrengeschenk eine ledergeldboerse mit 2.000 schilling.

ehrungen von langjaehrigen hausgehilfinnen werden von der stadt wien bereits seit 30 jahren durchgefuehrt und gehen auf einen gemeinderatsbeschluss des jahres 1947 zurueck. die zahl der in der bundeshauptstadt taetigen hausgehilfinnen hat seit damals allerdings stark abgenommen. dieser job zaehlt heute schon zu den mangelberufen. waehrend es vor etwa 15 jahren in wien noch mehr als 10.000 "perlen" gab, sind es jetzt nur noch knappe dreitausend. (ka)

0924

k u l t u r :

=====

## zum 6. male: jugend und musik in wien

3 wien, 27.6. (rk) zum nunmehr 6. male findet vom 1. bis 16. juli das internationale jugendmusikfest "jugend und musik in wien" statt.

es beginnt traditionsghemaess mit der jugendblasmusik-woche am 2. juli um 17 uhr vor dem schloss schoenbrunn. 45 konzerte werden von 800 musikern aus neun laendern bestritten werden. in dieser woche ist neben den grosskonzerten in schoenbrunn, auf der ringstrasse und vor dem rathaus kuenstlerischer hoehepunkt das wertungsspiel fuer alle teilnehmenden gruppen, in dessen verlauf die beste kapelle ermittelt wird, die waehrend des schlusskonzertes mit dem "preis der stadt wien" ausgezeichnet wird. zu diesem schlusskonzert am 7. juli um 17 uhr marschieren alle teilnehmenden kapellen in einer grossen parade ueber den ring.

an der chor- und orchesterwoche (8. bis 16. juli) nehmen 16 orchester, streicherensembles und choere mit 750 mitwirkenden aus 12 laendern teil. sie werden in und rund um wien 50 konzerte geben, dessen bemerkenswertestes das grosse chor- und orchesterkonzert am 15. juli im grossen wiener konzerthausaal sein wird. mit der einladung an den internationalen festival-chor, am arkadenhof-konzert am 12. juli mitzuwirken, drueckt sich die wertschaetzung des kulturamts der stadt wien fuer die hervorragende arbeit der choere im verlauf der letzten fuenf jahre aus. gemeinsam mit den wiener symphonikern wird der internationale festival-chor die chorphantasie von beethoven und das schicksalslied von brahms auffuehren.

von besonderem interesse ist die tatsache, dass "jugend und musik in wien" ab heuer eine ausschliesslich oesterreichische angelegenheit geworden ist: die "vereinigung fuer internationalen kulturaustausch" unter ihrem praesidenten dr. alexander g i e s e hat die organisation dieses unter dem ehrenschatz von buergermeister leopold g r a t z und unterrichtsminister dr. fred s i n o w a t z stehenden festivals uebernommen, das von der stadt wien namhaft gefoerdert wird.

fuer "jugend und musik in wien" 1978 haben sich bisher bereits mehr als 1.000 jugendliche musiker, vor allem aus den usa, angemeldet. (os)

k o m m u n a l :

=====

## wiener gemeinderat (1)

8 wien, 27.6. (rk) buergermeister leopold g r a t z eroeffnete montag die auf vier tagen anberaumte gemeinderatsdebatte ueber den rechnungsabschluss 1976. dem gemeinderat lagen eine a n f r a g e und vier a n t r a e g e der oevp und zwei a n f r a g e n und drei a n t r a e g e der fpoe vor.

in ihren antraegen regte die oevp die uebergabe des internationalen studentenheimes in doebbling vom wiener verkehrsverein an die oesterreichische hochschuelerschaft an, forderte die freifahrt fuer pflichtschueler auf den linien der verkehrsbetriebe bei Lehrveranstaltungen, forderte die verbilligte netzkarte fuer alle schueler und trat fuer eine qualitative verbesserung des wiener kindergartenswesens ein. die antraege wurden zugewiesen. die fpoe forderte in ihren antraegen die einfuehrung einer halbtagskarte in den wiener staedtischen baedern, erweiterte oeffnungszeiten im haus des buches und eine widmungsgemaesse verwendung der ertraegnisse aus der bundesmineraloelsteuer. auch diese antraege wurden zugewiesen.

der gemeinderat waelhte anschliessend die mitglieder der gemeinderaetlichen personalkommission und die mitglieder des aufsichtsrates der wiener staedtischen versicherungen. die neuwahl wurde durch regulaeren fristenablauf notwendig. anschliessend genehmigte der gemeinderat ueberschreitungen zum budget 1976 in der hoehe von 569 millionen.

gr. dr. m a y r (oevp) kritisierte dabei, dass mittel des u-bahn-baus fuer laufende leistungen der stadt herangezogen wurden. es wirft ein bezeichnendes licht auf die finanzlage der stadt, wenn sie einen solchen weg beschreitet.

der u-bahn-bau wird in wien ausreichend dotiert, erwiderte str. m a y r (spoe). wenn dann aus technischen gruenden nicht alles verbraucht wird, sei es legitim, die uebriggebliebenen mitteln anderweitig zu verbrauchen. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (2):

rechnungsabschluss 1976

9 wien, 27.6. (rk) es ist kein geschenk des himmels, wenn in oesterreich und in wien sowohl im bereich des wirtschaftswachstums, der vollbeschaeftigung und der preisstabilitaet guenstige ergebnisse erzielt werden konnten, erklarte stadtrat m a y r (spoe) in seinem bericht zum rechnungsabschluss der bundeshauptstadt wien fuer 1976. allein die stadt wien gab 1976 zusaetzlich zu den laufenden einnahmen 4,5 milliarden schilling aus, um die investitionstaetigkeit der wiener und der oesterreichischen wirtschaft positiv zu beeinflussen und damit die vollbeschaeftigung zu erhalten. durch die guenstige wirtschaftliche entwicklung nahm die stadt wien 1976 gegenueber geplanten einnahmen von 36,162 milliarden tatsaechlich 40,694 milliarden ein. dem gegenueber stiegen die ausgaben von 38,165 milliarden auf 41,016 milliarden, so dass sich der nach kameralistischen grundsuetzen errechnete abgang von 2.003 millionen auf 321 millionen verringerte.

im einzelnen: die einnahmen aus dem finanzausgleich stiegen um 504 millionen, die landes- und gemeindeabgaben um 339 millionen, die gebuehren um 433 millionen, beim grundankauf ergaben sich mehreinnahmen von 457 millionen, durch die entnahme aus der sonderruecklage wohnbaufoerderung kamen um 1.171 millionen mehr herein und schliesslich brachten investitionsdarlehen und ein darlehen fuer die wiener stadtwerke mehreinnahmen von 446 millionen beziehungsweise 400 millionen.

mayr vermerkte positiv, dass ein teil der investitionen nicht durch neuaufnahme von schulden getaetigt werden konnte, sondern durch aufloesung von ruecklagen. die ruecklagen, die in zeiten einer ueberschaeumenden konjunktur angelegt wurden, haben nun gute dienste geleistet und die entwicklung der wiener wirtschaft positiv beeinflusst.

die schulden der stadt wien stiegen von 1975 auf 1976 von 15.345 millionen auf 18.007 millionen. neu aufgenommen wurden 3.711 millionen und getilgt wurden 1.049 millionen, so dass der nettozugang

an fremdmitteln 2.662 millionen ausmacht. mit den 1,8 milliarden, die aus ruecklagen entnommen wurden, ergibt sich die stattliche zahl von 4,5 milliarden, die 1976 zusaetzlich zu den laufenden einnahmen fuer investitionen der stadt wien und damit auch fuer die erhaltung der vollbeschaeftigung ausgegeben wurde.

die wesentlichen mehrausgaben: 1.150 millionen fuer beteiligungen, davon allein 750 millionen zur abdeckung des bauring-verlustes, 1.108 millionen fuer die wohnbaufoerderung und 220 millionen fuer den kommunalen wohnbau und schliesslich 177 millionen fuer grunderwerbungen. die mehrausgaben der stadt wien fuer den wohnhausbau trugen sehr deutlich zu einer positiven entwicklung der bauwirtschaft in wien bei. so stieg der produktionswert in der bauwirtschaft in wien im jahr 1975 um 26 prozent und die zahl der beschaeftigten nahm um 13,8 prozent zu, waehrend sie in oesterreich um 3 prozent abnahm.

mayr hob die in wien besonders guenstige situation auf dem arbeitsmarkt hervor. die zahl der unselbstaendig beschaeftigten stieg in wien 1974 um 1,1 prozent, im rezessionsjahr 1975 um 0,3 prozent und im jahr 1976 um 1,5 prozent. die arbeitslosenrate blieb in wien 1976 mit 1,3 prozent unter dem oesterreichischen durchschnitt von zwei prozent und es gab immer genug offene stellen. nimmt man weiter, dass in oesterreich 1976 das wirtschaftswachstum 5,2 prozent betrug, und dass die inflationsrate auf 7,3 prozent gedrueckt werden konnte, so kann mit fug und recht behauptet werden, dass die bemuehungen der bundesregierung und fuer den wiener raum die bemuehungen der wiener landesregierung erfolgreich waren. er wolle sich aber keiner schoenfaerberei schuldig machen und daher auch die wirtschaftlichen schwachstellen nennen, erklarte mayr. er bezeichnete als problem den rueckgang der industriebeschaeftigten in der ostregion. durch industrieneugruendungen konnten in wien und niederoesterreich zwar 2.043 neue arbeitsplaetze geschaffen werden, gleichzeitig gingen durch stilllegungen aber 3.495 arbeitsplaetze verloren. mayr appellierte an die zusammenarbeit der bundeslaender in der ostregion, um ein zurueckbleiben in der wirtschaftlichen dynamik gegenueber der westregion zu verhindern.

sorgenkind der wiener wirtschaft ist die industrie. waehrend sich zwar die chemische industrie und die nahrungs- und genussmittel-industrie sehr positiv entwickelten entpuppt sich die maschinen-

industrie immer mehr zum problem. so verzeichnete diese sparte einen rueckgang um 12 prozent. dieser rueckgang ist ein eindeutiges alarmzeichen zum eingreifen. das wiener gewerbe entwickelte sich dagegen im jahre 1976 positiv. ausserordentlich gut sind die ergebnisse der bauwirtschaft. sie verzeichnete in wien einen zugang von 11,1 prozent gegenueber 5,1 prozent im gesamtosterreichischen durchschnitt. die fortschritte in der stadterneuerung zeigen sich sehr deutlich bei der zunahme der adaptierungen von 16 prozent.

abschliessend ging mayr noch auf die wiener holding ein. der erfolg der holding ist nicht in ihrer bilanz zu erkennen, sondern in der bilanz der tochter. masstab fuer eine beurteilung muessen aber auch die aufgaben sein, die vom wiener gemeinderat den einzelnen betrieben auferlegt werden. wenn wien eine veranstaltungshalle in der groesse der wiener stadthalle haben moechte, dann muesse man zur kenntnis nehmen, dass diese halle nicht zu kostendeckenden preisen vermietet werden kann. die stadt muss daher diesem betrieb lasten abnehmen, allerdings in einer form, die trotzdem ein optimales wirtschaften gewaehrleistet.

hierauf stellte der stadtrat die formellen antraege zur annahme des rechnungsabschlusses 1976 und zur kenntnisnahme des kontrollamtsberichts. (sei) (forts)

1322

gemeinderat (3):

generaldebatte

10 wien, 27.6. (rk) als erster debattenredner ueber das abgelaufene jahr ergriff gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) zum kontrollamtsbericht das wort. hirnschall uebte vor allem an dem zahmen bericht kritik, der nur "laessliche suenden" aufzeige und wenig grundsaeztliches aussage. ueber die geschaeftsgruppe personal und sport gaebe es z.b. nur einen zweiseiten-bericht, in dem zwar darauf hingewiesen wurde, dass bei der verpachtung von sportplaetzen auf die wertsicherung vergessen worden sei, die enormen kostenueberschreitungen beim bau von hallen- und weststadien oder die gewaltigen subventionen jedoch unerwaehnt blieben.

hirnschall stellte fest, dass es sozusagen zwei arten von kontrollamtsberichten gaebe: die harmlosen jahresberichte, die einen fall freyler nicht aufnehmen und die sonderberichte, bei denen das kontrollamt beweist, was es tatsaechlich zu leisten imstande ist. der grund fuer diese unbefriedigende situation liege in der fehlenden unabhaengigkeit des kontrollamts.

im weiteren beschaeftigte sich hirnschall mit dem kontrollamtsbericht ueber die wiener holding, deren gruendung er als eine grundsuetzlich richtige und gute entscheidung hervorhob. nur muesse die gesellschaft bei negativen entwicklungen bereit sein, die konsequenzen zu ziehen. dies geschaehe jetzt zwar bei der stadt-hallen-kiba, im gastronomischen bereich stehe man dem permanentem defizit jedoch tatenlos gegenueber.

gr. hirnschall stellte daher den a n t r a g , dem vorstand der wabvg naheulegen, den verkauf beziehungsweise die liquidierung der mit negativem ergebnis gefuehrten gastronomischen betriebe in die wege zu leiten.

weiter schlug hirnschall vor, dass auch die viehhandelsfirmen von den landwirtschaftskammern uebernommen werden sollten. ueber die bauringnachfolgefirmaen, die mit grossen problemen zu kaempfen haben, laegen im kontrollamtsbericht derart unzuelaengliche berichte vor, dass man keine gueltigen schluesse ziehen koenne. der vorliegende rechnungsabschluss sei zwar als verbesserung gegenueber dem vorjahr bezeichnet worden, tatsaechlich seien die anleihen und bankschulden jedoch von 2,5 milliarden auf 3,4 milliarden gestiegen, waehrend die investitionen mit 25,1 prozent des ausgaberahmens einen neuen tiefstand aufweisen.

in erster linie von dieser entwicklung sei der u-bahn-bau betroffen, fuer den fuer 1977 ein betrag von 3 milliarden vorgesehen ist, wozu noch erstmals ein zuschuss vom bund in der hoehe von 312,5 millionen komme. dieses geld sollte jedoch durch gemeinderatsbeschluss tatsaechlich zum u-bahn-bau einbezogen werden.

waehrend die personalkosten von 30,3 prozent um 2,5 prozent niedriger als veranschlagt sind, seien die kosten fuer den sachaufwand von 522 millionen auf 637 millionen gestiegen. aus all den angefuehrten gruenden koenne die fpoe-fraktion dem kontrollamtsbericht daher nicht zustimmen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (4):

generaldebatte (forts)

11 wien, 27.6. (rk) der einsturz der reichsbruecke, die sperre der floridsdorfer bruecke, die kosten des baurings, die frage der wahren hoehe des defizits, die ungeloesen probleme im gemischtwirtschaftlichen bereich sowie die koordinationsprobleme zwischen finanzplanung und stadtplanung seien die sechs markantesten punkte im rechnungsabschluss 1976, erklarte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp) trotz der ersatzbruecken sei der verlust der reichsbruecke nach wie vor nicht ueberwunden. mit der sperre der floridsdorfer bruecke kanpp vor weihnachten habe die wiener "brueckentragik" dann ihre fortsetzung gefunden. fuer die sicherheit der bruecken muessen alle notwendigen technischen massnahmen getroffen werden, laufende ueberpruefungen seien erforderlich. es sei deshalb unverstaendlich, dass wiederholte warnungen der oevp von der sozialistischen mehrheit immer wieder in den wind geschlagen wurden.

750 millionen wurden im vergangenen jahr fuer den bauring bezahlt. mit den bereits 1974 bezahlten 550 millionen ergebe sich damit eine gesamtsumme von 1,3 milliarden, fuer die frueher oder spaeter die gemeindebuenger aufkommen muessten. das bauring-abenteuer bleibe eine unentschuld bare fehllleistung sozialistischer kommunalpolitik.

fremdmittelaufnahmen durch gebietskoerperschaften fuer investitionen, die auch spaeteren generationen zugute kommen, seien heute ueblich. die grenzen der verschuldung muessten aber beachtet werden. 1976 wurden 2,2 milliarden fuer den schuldendienst, eine milliarde fuer tilgungen und 1,2 milliarden fuer zinsen ausgegeben.

das offizielle defizit des rechnungsabschlusses sei eine willkuerliche und manipulierbare groesse und habe mit dem tatsaechlichen oekonomischen abgang nichts zu tun. kreditaufnahmen werden naemlich ebenso als eingaenge gefuehrt wie steuereinnahmen. die verschuldung habe jedoch um 2,7 milliarden zugenommen, die ruecklagen wurden um 1,7 milliarden reduziert.

im bereich der holding gebe es nach wie vor viele ungeloesete probleme. der ausgewiesene gewinn von 19 millionen sei nicht als gewinn im betriebswirtschaftlichen sinne anzusehen. nach ansicht des

kontrollantes ergebe sich ein tatsaechlicher verlust von 0,3 millionen. das groesste sorgenkind sei die stadthalle. dkfm. dr. woerber brachte einen a n t r a g ein, eine aufstellung ueber die von der stadt wien in den letzten drei jahren an die stadthalle geleisteten zahlungen vorzulegen.

die eroeffnung einer konditorei in der favoritenstrasse und der angeblich einmal vorgesehene erwerb einer bar im 1. bezirk durch eine tochtergesellschaft der holding waeren nicht im sinne der zielsetzung gemeinwirtschaftlicher unternehmungen. die koordination zwischen finanzverwaltung und stadtplanung sei unbefriedigend. im budget fuer den u-bahn-bau bereitgestellte 334 millionen seien ungenuetzt geblieben. (ger) (forts)

1332

gemeinderat (5):

generaldebatte (forts)

12 wien, 27.6. (rk) bei globalen ueberlegungen muss man zu dem schluss kommen, dass das rechnungsjahr 1976 eine staerkung in jenen bereichen gebracht hat, die fuer die bevoelkerung von grundsaeztlicher bedeutung sind, erklaerte gr. b r a u n (spoe). das zeigen die mehrausgaben fuer die bereiche personal und sport, wirtschaft, soziales und gesundheit, kultur, jugend und bildung, strassenbau und verschiedene technische einrichtungen und nicht zuletzt wohnen und liegenschaftswesen. es ist gelungen, eine politik zu machen, die sich primaer fuer die bevoelkerung positiv ausgewirkt hat.

bei betrachtung der industriellen entwicklung zeigt es sich jedoch, dass sie mit der entwicklung im bundesmasstab nicht ganz schritt gehalten hat. trotz dieser stagnation hatten jedoch die loehne eine entgegengesetzte entwicklung. in wien gibt es die hoechsten loehne, gefolgt von den bundestaendern vorarlberg, salzburg, tirol und oberoesterreich. fuer die weitere entwicklung werden langfristige ueberlegungen fuer den zeitraum bis in die achtzigerjahre notwendig sein. es werden bemuehungen notwendig sein, um eine einseitige strukturentwicklung hintanzuhalten.

man kommt jedoch sachlich zum schluss: wien hat gut gewirtschaftet. die beschaeffigtenlage war guenstiger als in allen anderen bundestaendern, die arbeitslosenrate am geringsten. man kann aber die entwicklung in wien nicht isoliert betrachten, man muss sie in ein

verhaeltnis bringen zur entwicklung in ganz oesterreich und schliesslich zur weltwirtschaft. wenn oesterreich 1976 ein wirtschaftswachstum von 5,2 prozent erzielt hat, erreichte unser land damit die dritte stelle in der ganzen welt. wir haben damit langfristig bewiesen, auf dem richtigen weg zu sein. die wirtschaftskraft ist wesentlich staerker geworden, trotz 40 stundenwoche und vier wochen mindesturlaub.

man muss in diesem zusammenhang auch ueberlegungen ueber den finanzausgleich anstellen: wien hat fuer den bund mehr geleistet als es vom bund erhalten hat. es wurden 1976 immerhin 6,7 milliarden mehr von wien zur verfuegung gestellt als die bundeshauptstadt bekommen hat. wenn es aber um ueberlegungen ueber eine neuregelung des finanzausgleiches geht, dann treten alle bundeslaender mit oevp-mehrheit geschlossen gegen wien auf. es sind anstrengungen notwendig, dass wien mehr bekommt, was jedoch nicht auf kosten anderer bundeslaender geschehen soll.

wenn in der debatte von der gestiegenen verschuldung gesprochen wird, muss gesagt werden, dass die gelder antizyklisch verwendet wurden, um der wirtschaft impulse zu geben, die wirtschaftskraft zu erhalten. das ist gelungen - national und international ist wien konkurrenzfaehiger geworden. dass gut gewirtschaftet wurde, wird auch vom kontrollratsbericht - von wenigen ausnahmen abgesehen - unterstrichen. auch oppositionsredner geben zu: die holding hat sich bewahrt, ein erfolg hat sich eingestellt. wenn aber von der oevp vom reichsbrueckeneinsturz, ueber sperre der floridsdorfer bruecke bis zum bauring alles in einen topf geworfen wird, zeigt das, dass diese partei nichts gelernt hat. wenn gr. dr. woerber noch bezueglich des rechnungsabschlusses von manipulationen und willkuerlichen festlegungen spricht - ist das ein echter skandal. das beweist, dass die kollegen von der opposition kein echtes verantwortungsbewusstsein entwickelt haben. die von dr. woerber genannte "preisfrage", wie hoch der abgang wirklich sei, kann eindeutig beantwortet werden: man kann den rechnungsabschluss zur grundlage nehmen und braucht nicht zu willkuerlichen annahmen zuflucht nehmen. wenn noch vermerkt wird, dass vorschlaege der opposition uebernommen wurden, dann muss gesagt werden, dass die sozialisten immer fuer vernuenftige vorschlaege aufgeschlossen sind.

./.

abschliessend zur gesamtbeurteilung: wien hat sich wieder als rueckgrat der oesterreichischen entwicklung herausgestellt - durch eine konsequente vorgangsweise der sozialistischen mehrheit.

(smo) (forts)

1403

gemeinderat (6):

generaldebatte (forts)

13 wien, 27.6. (rk) gr. h a h n (oevp) stellte in der generaldebatte fest, dass seine fraktion dem rechnungsabschluss nicht zustimme, weil

- das wahre defizit verschleiert werde,
- dem buerger noch zusaetzlich 750 millionen fuer den bauring aufgehalst wurden,
- die u-bahnplanung nicht funktioniere,
- und die spitalsfinanzierung gaenzlich im argen liege.

bereits vor zwei jahren habe er, hahn, ueber die schleppende behandlung des wiener memorandums gesprochen. heute muesse er erneut feststellen, dass nichts geschehen sei, dass die spoe schlecht fuer oesterreich und schlecht fuer wien sei. selbst der chefideologe der spoe, prof. m a t z n e r , habe massive angriffe gegen die sozialistische rathausmehrheit gerichtet, und den satz gepraegt, dass dort, wo das rathaus steht, ein ratloses haus stehe. das rathaus sei in eine phase der stagnation getreten, die zeit der grossen projekte sei 1975 zu ende gegangen. der finanzstadtrat muesse nur mehr zusehen, wie er die grossen finanzloecher stopfe, um nicht in einen abgrund zu stuerzen. er habe nicht mehr die rueckendeckung des finanzministers, das spoe-wohnbau- und humanprogramm sei restlos zusammengebrochen. genauer ging hahn dann auf einzelne problemkreise ein.

das spitalsdefizit werde vor der oeffentlichkeit verschleiert. trotz der dreimaligen zigarettenpreiserhoehung habe der spitalsabgang in wien 3.360 millionen, mit spitalsinvestitionen 4.206 millionen betragen. seit ueber einem jahr wolle die oevp die mitverantwortung uebernehmen, aber eine unfaeheige ministerin, der finanzminister und der sozialminister verhindern die gemeinsame loesung dieses problems. fuer die oevp ergaeben sich zwei dringende fragen: wann legt die spoe ihre vorschlaege gesammelt auf den tisch und wann

werden mit den sozialversicherungen endlich gespraechе ueber die verpflegskosten eingeleitet?

die wiener gebietskrankenkasse uebernehme derzeit immer noch 418 schilling bei einem tagsatz von 1.082 schilling, was einer abdeckung von nur 40 prozent entspraechе.

die ganze problematik der spitalsfinanzierung sei in der zwischenzeit so gross geworden, dass das gesamte gesundheitswesen oesterreichs in gefahr sei.

ein weiterer problemkreis sei der verkehr. aus dem zuschlag zur mineraloelsteuer habe wien 48 millionen erhalten, aber nicht einmal die vorgesehenen u-bahnmittel verbaut. vom flughafen-schnellbahnhof koennen die zuege nur eingleisig verkehren, und die donauufer-auto-bahn werde zur eroeffnung des donauparkzentrums kaum fertig sein.

vollkommen unueberschaubar sei die u-bahnplanung geworden. die trasse der u 3 vom kardinal rauscher-platz bis erdberg sei bis heute in den zustaeendigen gemeinderatsausschuessen noch nicht behandelt worden. von den uebrigen u-bahnlіnien nach doebling oder hernals spraeche sowieso niemand mehr. die staendige kreditreduzierung habe die u-bahn-planung vollkommen unueberschaubar gemacht. hahn stellte daher den a n t r a g, dass kreditreduzierungen nur unter vorlage des ausschusses vollzogen werden koennen.

die oevp habe daher den raschen ausbau der vorortelinien und der verbindungsbahn verlangt, wodurch ein 200 km langes, wirkungsvolles massenverkehrsnetz entstehen koennte. als voraussetzung dazu muesste ein zentralverschiebebahnhof, dessen standort in kledering am guenstigsten erscheint, gebaut werden. buergermeister gratz habe im herbst 1975 versprochen, die stadt wien werde den verschiebebahnhof sogar vorfinanzieren. auf eine diesbeziegliche anfrage der oevp im mai 1976 habe der buergermeister jedoch geantwortet, dass er die option zum ankauf des freiwerdenden verschiebebahnhofgrundes noch nicht erhalten habe. gr. hahn stellte daher den a n t r a g, der buergermeister moege die voraussetzungen fuer ein finanzierungskonzept des verschiebebahnhofs kledering zwischen den oebb und der stadt wien schaffen.

des weiteren werde sich die spoe einmal klar entscheiden mues-sen, ob sie stadterneuerung betreiben wolle, oder nicht. in ader-klaa, am mitterhof und in der grossfeldsiedlung werde weitergebaut, was aber mit staedtebaulich so wichtigen grundstuecken wie aspang-bahnhof und nordbahnhofgelaende geschehe, wisse man nicht.

als letzten problemkomplex behandelte hahn die frage der sicherheit. die vermoegensdelikte naehmen gerade in wien staendig zu, waehrend die aufklaerungsquote staendig sinke. banken und sparkasseninstitute werden nur unregelmassig ueberwacht. an werktagen versaeen 169 sicherheitswachebeamte, an sonn- und feiertagen 45 ihren streifendienst untermits, nachts patroullierten insgesamt nur 39 polizisten. anlaesslich der eroeffnung der uno-city werden weitere 304 sicherheitswachebeamte abkommandiert. es waere daher ernsthaft zu ueberlegen, ob nicht militaerstreifen vor den botschaften den dienst versehen koennten und die rayonsposten fuer die sicherheit der bevoelkerung bleiben.

zur kritik am kontrollamtsbericht stellte hahn noch fest, dass nicht alle berichte, die an den buergermeister gehen, auch in den kontrollamtsbericht aufgenommen wuerden, wie dies z. b. beim "grundstueckkarussell" marco polo-gruende geschehen sei. da im kontrollamtsbericht ueber die holding aus technischen gruenden noch keine bilanzen vorliegen, waere es zweckmaessiger, diesen bericht erst anfang september vorzulegen. jedenfalls sollte das kontrollamt aehnlich unabhaengig wie der rechnungshof sein, untersuchungsberichte duerfen nicht in der schublade liegenbleiben. (ba)  
(forts)

1550

gemeinderat (7):

generaldebatte (forts)

15 wien, 27.6. (rk) mit dem rechnungsabschluss 1976 koenne man zufrieden sein, erklarte gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe). er habe gegenueber dem budget eine wesentliche verbesserung der finanzlage gebracht. das prognostizierte defizit von zwei milliarden sei auf 321 millionen verringert worden. hofstetter wandte sich entschieden gegen den vorwurf der manipulation. vermehrte einnahmen haetten sich sowohl aus dem finanzausgleich als auch aus den gebuehren und abgaben, durch rueckgriffe auf ruecklagen und auch durch inanspruchnahme von fremdmitteln ergeben. die ausgaben seien demgegenueber geringer gewachsen.

2,4 milliarden seien fuer den u-bahn-bau ausgegeben worden, die kapazitaet der bauwirtschaft sei damit voll gedeckt gewesen, eine optimale baufuehrung konnte erreicht werden.

das gesamtvolumen der anleihen und darlehen sei um 2,7 milliarden auf 18 milliarden gewachsen. diese rat sei geringer als die allgemeine steigerungsrate der verschuldung oeffentlicher koerperschaften. wien schneide damit sowohl im nationalen als auch im internationalen vergleich gut ab. die schulden der hoheitsverwaltung betragen nur knapp mehr als 5 milliarden, dazu kommen 10,6 milliarden der wiener stadtwerke und 2,3 milliarden hypothekardarlehen fuer den wohnhausbau. die aufnahme von fremdmitteln sei gerechtfertigt, um langfristig wirkende investitionen zu finanzieren. (ger)

er haette sich erwartet, dass die oevp bei der debatte des rechnungsabschlusses auf ihre eigenen beitraege zur budgetdebatte 1976 eingehe, erklarte stadtrat m a y r (spoe). damals fand gr. hahn die schaetzung eines wirtschaftswachstums fuer 1976 von 1 bis 2 prozent und ein geringfuegiges absinken der inflationsrate als zu optimistisch. tatsaechlich lag die wachstumsrate viel hoeher und die inflationsrate konnte deutlich gesenkt werden. es waere fair gewesen, haette die oevp diesen irrtum zugegeben.

wenn man sich dazu bekennt, dass die spitaeler mehr mittel brauchen, muss man sich auch dazu bekennen, diese mittel hereinzubringen. er habe kein verstaendnis, so mayr, wenn verschiedene buergermeister und landeshauptleute erklaren, wir brauchen geld, aber ein dritter soll es eintreiben. die spitaeler fallen nach der verfassung in die kompetenz der laender und daher muessen sich die laender auch an einer zusaetzlichen aufbringung der mittel beteiligen.

wenn die oevp prof. matzner zitiert, dann muss wohl festgestellt werden, dass prof. matzner nur aus einer sehr theoretischen und unvollkommener sicht ueber kommunale probleme informiert ist.

den gemeindebetrieben sollte die moeglichkeit gegeben werden, optimal zu wirtschaften. wenn die konditorei in ober laa eine filiale in der favoritner fussgaengerzone errichtet, so erreicht sie damit eine bessere auslastung der vorhandenen und notwendigen kapazitaeten. die urspruengliche ueberlegung, in der innenstadt ein lokal zu errichten, wurde vom aufsichtsrat abgelehnt. vorschlaege wird ein geschaeftsfuehrer wohl noch machen koennen.

die wiener baustoff- und betonsteinwerke entwickeln sich guenstig und weisen eine gute ertragslage auf. bei der fertigteilbau gibt es noch auslastungsschwierigkeiten. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (8):

debatte inneres und buergerservice

16 wien, 27.6. (rk) die ansaetze dieser geschaeftsgruppe wurden nicht wesentlich ueberschritten, stellte als erster debattenredner zur geschaeftsgruppe inneres und buergerservice, vormals umwelt und oeffentliche einrichtungen, gr. dkfm. b a u e r (fpoe) fest. der umweltschutz hat dabei eine "abmagerungskur" gemacht. die ausgaben fuer den umweltschutz haben mit vier promille ein geradezu beschae-mendes ausmass erreicht. auch beim kanalbau, ein wesentlicher faktor des umweltschutzes, waren die ansaetze um 10 prozent niedriger ange-setzt worden. es wurden fuer kanalanschluesse staedtischer wohnhaus-anlagen um 4 millionen weniger ausgegeben, fuer den bau der haupt-klaeranlage statt 55 millionen nur 24 millionen aufgewendet. eine diskrepanz dazu sind die ausgaben fuer die rathaus-information und propaganda, wie der redner sagte. sie sind in zwei jahren um 120 prozent gestiegen, sie liegen sogar um 400 prozent ueber den ausgaben fuer den umweltschutz. fuer den umweltschutz wurden naemlich 16 millionen, fuer die rathauspropaganda 65 millionen ausgegeben. vom presse- und informationsdienst wurden 1975 um 27 millionen 79 broschueren herausgegeben. dazu kamen aber noch 23 broschueren um 8,5 millionen von anderen abteilungen und institutionen. es ist ueberhaupt unverstaendlich, dass defizitaere unternehmen wie die stadthalle einen aufwendigen jahresbericht und die defizitaeren stadtwerke vier mal jaehrlich ein magazin herausgeben. das kontroll-amt hat diese vorgangswise indirekt krtisiert. es waren zum bei-spiel 27.000 stueck eines flugblattes zu "wien im blumenschmuck" nicht ausgegeben worden. die fpoe werde auf grund der diskrepanz zwischen den ausgaben fuer umweltschutz und propaganda dem rech-nungsabschluss dieser geschaeftsgruppe nicht zustimmen.

gr. ddr. s t r u n z (oevp) erklarte, dass die reinhaltung der luft in wien vordringliche bedeutung hat. neben schadgasen und staub beeintraechtigen auch ueble gerueche, wie organische schwefel-verbindungen, die gesundheit und das wohlbefinden der bevoelkerung. erhebliche belaestigungen dieser art waren im 19. bezirk anlass

einer buergerversammlung, in der auf die rauchgasbelaestigung durch das heizwerk spittelau hingewiesen wurde. die vorschlaege der oevp auf rauchgasreinigung wurden erfuehlt. das problem ist aber nicht geloest, weil auch andere bezirke - der 2., der 3. und der 11. - ueber geruchsbelaestigungen klagen.

es gibt in wien zwar einen so<sub>2</sub>-emissions-kataster, er gibt aber ueber die wahren verhaeltnisse nur lueckenhaft aufschluss. silikatstaub, der sicher zum steigen der todesraten fuehrt, wird nicht erfasst. der redner brachte den a n t r a g ein, dass der so<sub>2</sub>-kataster durch erfassung von silikatstaub ergaenzt wird. es soll ein grossraeumiges ueberwachungsnetz fuer schadstoff-emissionen und ueble gerueche geschaffen werden.

zur gesunderhaltung gehoert auch die gestaltung des naerho-lungsbereichs, die kleinparks in den wohngebieten. neben dem schutz vor laerm und abgasen, ist deren hygienisch einwandfreie haltung vordringlich, vor allem die der sandkisten fuer kinder. der redner brachte den a n t r a g ein, dass die reinhaltung der sandkisten gewaehrleistet wird. diese spielbereiche sollten so gestaltet werden, dass hunde sie nicht verunreinigen koennen. fuer rechtzeitigen sandwechsel ist zu sorgen. abschliessend kritisierte ddr. strunz, dass fuer die umgestaltung von 21 kleinen parks zu wenig geld zur verfuegung gestellt wurde und dass manche brunnen, obwohl gleich drei magistratsabteilungen dafuer zustaendig sind, verschmutzt sind. (smo)

der wichtigste schwerpunkt der umweltschutzaktivitaeten betraf die luftqualitaet, erklarte gr. v e j t i s e k (spoe). der emissionskataster sei der erste schritt zur verwirklichung des ziels, menge und konzentration der auf die menschen einwirkenden schadstoffe zu verringern. das messnetz wurde ausgebaut, eine analyse der einwirkung von schwefel und fluor auf pflanzen wurde durchgefuehrt.

ein laermbericht wurde fertiggestellt. unter anderem wurden messungen ueber die wirkung von laermschutzwaenden bei staedtischen schienenfahrzeugen durchgefuehrt.

grosse aufmerksamkeit wurde auch der wiedergewinnung von rohstoffen aus abfall gewidmet. versuche brachten den beweis, dass die

bevoelkerung zur getrennten muellsammlung bereit ist. die versuchsreihe wurde mit einem grossversuch in der per albin hansson-siedlung fortgesetzt.

einem neu eingerichteten arbeitskreis wasser obliegt die koordinierung und reihung der arbeiten im zusammenhang mit wasser. das zusammenwirken von bund, laendern, gemeinden, wirtschaft und bevoelkerung sei notwendig zur bewaeltigung der umweltschutzprobleme.

gr. dkfm. dr. maria schaumayer (oevp) kritisierte die hoehe der ausgaben fuer den presse- und informationsdienst und erinnerte an den antrag der oevp anlaesslich der budgetdebatte, die post "veroeffentlichungen und information" um 20 millionen zu kuerzen und diese mittel fuer umweltschutz, stadtreinigung und feuerwehr zu verwenden. dieser antrag sei von der spoe zu unrecht abgelehnt worden. statt teuren "ja zu wien-plakaten" haette man besser mehr papierkoerbe anbringen sollen.

ein grosser teil der mehreinnahmen aus gebuehren und abgaben seien von der hier behandelten geschaeftsgruppe hereingeholt worden. es sei mit leichter hand genommen und ausgegeben worden. die oeffentliche information brauche nicht so aufwendig zu sein, um mit der kommerziellen werbung konkurrieren zu koennen. die spoe muesse zwischen stadt und partei unterscheiden. ein verfassungsentwurf wurde ausgesendet, nach dem es in wien zwar mehr sozialistische funktionaere, aber nicht mehr demokratie geben wuerde. so seien ein kontrollausschuss in den haenden der mehrheit und eine fragestunde ohne jede spontaneitaet vorgesehen. (ger) (forts)

1609

gemeinderat (9):

debatte inneres und buergerservice (schluss)

17 wien, 27.6. (rk) die qualitaet einer stadt wird sehr stark von ihrem erholungswert beeinflusst, erklaerte gr. landsmann (spoe). das stadtgartenamt trug dazu sehr viel positives bei. so wurden ueber 14 millionen quadratmeter gruenflaeche, 21 lagerwiesen und ueber 51.000 alleebaeume betreut. landsmann bedauerte, dass die aktion "mehr gruen fuer innenhoefe" so wenig in anspruch genommen wird. die privaten setzen hier keine initiativen, und auf diesem gebiet haette die opposition ein weites betaetigungsfeld. landsmann

meinte, dass das buergerservice und die information eine verbesserung der direktinformation der bevoelkerung gebracht haben. er heb besonders die rundfahrten "neues wien" und die ausstellungen in den bezirken hervor.

stadtrat s c h i e d e r (spoe) antwortete punkt fuer punkt auf die in der diskussion erhobenen vorwuerfe. gerade auf dem umweltsektor bedarf es der laufenden aufklaerung, um die buerger zu einem umweltkonformen handeln zu bringen. bei den ausgaben fuer umweltschutz und bei den ausgaben fuer information gibt es daher kein entweder-oder, vielmehr beduerfe der umweltschutz der information.

die beanstandeten 27.000 flugzettel, die bei der aktion "wien im blumenschmuck" uebrig blieben, koennen als beispiel dafuer gelten, wie sorgfaeltig in der ma 53 gearbeitet wird. zunaechst ist es aeusserst schwierig, den bedarf fuer flugzettel, die auf allen wiener maerkten zur freien entnahme aufgelegt werden, genau zu schaetzen. die flugzettel wurden nicht auf hochwertigem glanzpapier gedruckt, wie behauptet wird, sondern auf billigem, niedergrammigem kunstaruckersatzpapier. schliesslich wurden die uebriggebliebenen flugzettel nicht weggeworfen.

die anregung, sandkisten auf tuermen zu errichten und sie damit vor hunden zu schuetzen, muesste geprueft werden.

den vorwurf, bei den gebuehren mit leichter hand zu nehmen und wieder mit leichter hand zu geben, wies schieder scharf zurueck. man kann nicht von leichter hand sprechen, wenn sowohl die einnahmen als auch die ausgaben im ausschuss und im gemeinderat beschlossen werden.

die kritiker an der aktion "ja zu wien" vergessen, dass diese aktion im ausschuss einstimmig beschlossen wurde.

die informationsarbeit kann nur die tatsaechlichen verhaeltnisse im rathaus widerspiegeln. wenn die oevp keinen amtsfuehrenden stadtrat besitzt, kann auch am tag der offenen tuer nicht ueber die geschaeftstaetigkeit eines oevp-stadtrats berichtet werden. in der "rathaus-korrespondenz" kommt die opposition zu wort.

der von frau dr. schaumayer zitierte verfassungsentwurf ist kein spoe-entwurf, sondern ein magistratsentwurf. schaumayer vermischt hier partei und stadt.

die faellung der baeume in der schoenbrunner strasse hat er, schieder, nicht weil er wollte, beantragt, sondern weil er musste. der verwaltungsgerichtshof gab zu seinem (schieders) bedauern der wohnungsgesellschaft recht, die gegen einen negativen bescheid des magistrats einspruch erhob. (sei) (forts)

1634

gemeinderat (10):

debatte wohnen

18 wien, 27.6. (rk) gr. k r e n n (fpoe) erklarte als erster debattenredner zur geschaeftsgruppe wohnen, dass man von der verwirklichung des deklarierten grundrechtes jedes wieners auf eine gesunde, ausreichend grosse wohnung meilenweit entfernt ist. noch immer entsprechen 250.000 wiener wohnungen nicht den erfodernissen. 20.000 familien, die beim wohnungsamt vorgemerkt sind, wird der anspruch auf eine gemeindewohnung gewissermassen bescheinigt. die wohnbauleistung der gemeinde wien ist ruecklaeufig. 1975 und 1976 wurden zwar zusicherungen von mehr als 11.000 und mehr als 10.000 wohnungen und damit ueber den durchschnitt der frueheren jahre gegeben, damit sind aber die reserven an wohnbaufoerderungsgeldern erschoept. 1976 wurden nur 2.466 gemeindewohnungen fertiggestellt und nur 2.600 begonnen. seit 1972 ist daher keine rede mehr von 5.000 gemeindewohnungen pro jahr. in wien hat die wohnbauquote mit vier pro 1.000 einwohner den niedrigsten stand aller bundeslaender erreicht. der oesterreichische durchschnitt liegt bei 5,9. von 1974 bis 1976 wurden rund 20.000 wohnungsverbesserungen gefoerdert, allein 1976 mehr als 12.500. diese verbesserungen darf man nicht einfach mit der neubauleistung addieren, um zu einem schoenen ergebnis zu kommen. grundsaeztlich muessen jedoch die bemuehungen der geschaeftsgruppe anerkannt werden, durch eine vielzahl von foerderungen die wohnungssituation in wien zu verbessern. auf grund der zusicherungen von rund 3,7 milliarden im vergangenen jahr und den eingangen von 2,6 milliarden, sind die sonderruecklagen auf knapp 600 millionen zurueckgegangen, pfoch hat im vorjahr angekuendigt, dass mit dem bund ueber zusaetzliche mittel fuer die wohnbaufoerderung verhandelt werden wird. da der frei finanzierte wohnbau fuer die wohnungswerber zu

teuer ist, ist diese frage besonders aktuell. gr. krenn stellte daher die a n f r a g e : wie weit sind derartige gespraechе ge-diehen, welche mittel sind zu erwarten und welche mittel werden 1977 verfuegbar sein?

der redner kritisierte schliesslich, dass ein siedlungsprogramm gross angekuendigt wurde, tausende familien sich dafuer interes-sieren, heuer aber lediglich mit nicht einmal 400 einfamilien-hausern begonnen werden soll. die saetze der angemessenen baukosten nach der wbf 1968 reichen oft nicht aus. so wurden sie beim zentrums-bau der pah-ost um 70 prozent ueberschritten, aber auch bei anderen vorhaben gab es ueberschreitungen bis zu 60 prozent. zur liegen-schaftspolitik, erklarte der redner, dass auf grund des rechnungs-abschlusses betraechtliche grundverkaeufe erfolgt sein muessen. das kontrollamt hat wiederholt beanstandet, dass gemeindegrundstuecke nicht genuetzt werden und verwahrlosen. umso unverstaendlicher sei eine gewisse haerte gegen einige mitbuerger, die bei grundstuecks-raeumungen keinen aufschub bekommen - und dann bleibt das grund-stueck ungenutzt liegen.

die fpoe wird dem kapitel nicht zustimmen. (smo) (forts)

1731

gemeinderat (11):

debatte wohnen (forts)

19 wien, 27.6. (rk) auch gr. h a h n (oevp) nahm bezug auf den kontrollamtsbericht zur ueberschreitung der baukosten und der bau-dauer im zentrumsbau der pah-ost und zitierte die schlussfolgerung, dass man bei derart schlechten bodenverhaeltnissen keine hochhaeuser bauen soll. auch die wienerberggruende, die seinerzeit erworben wur-den, duerften bestenfalls als erholungsgebiet, aber nicht als bauge-biet verwendet werden koennen. der preis duerfte daher ueberhoeht gewesen sein.

was die wohnbaufoerderung betrifft, so sieht es in zahlen gut aus: 1976 wurde der bau von mehr als 10.000 gefoerderten wohnungen begonnen. entgegen der vorhersage von vizebuergermeister pfoch haben sich die fertigstellungen aber nicht gesteigert, sie sind von 7.040 im jahre 1975 auf 6.420 im jahre 1976 gesunken. in wien hat daher

die wohnbauquote mit 4 neuen wohnungen auf 1.000 einwohner den niedrigsten stand von ganz oesterreich erreicht. nur in niederoesterreich ist sie mit 4,9 ebenfalls sehr niedrig. mit den zusicherungen 1975 fuer mehr als 11.000 und 1976 fuer mehr als 10.000 wohnungen wurde ein attraktiver durchschnitt erreicht. entscheidend aber ist, dass die oevp das nunmehrige debakel prophezeit hat. pfoch hat eine dauerleistung fuer die gemeinnuetzigen wohnbautraeger gewissermassen gewaehrleistet. durch das warten auf die zuzaehlung infolge der mittelknappheit, wird jedoch eine verteuerung der wohnungen eintreten.

zugegebenermassen ist die bauwirtschaft auf grund der 1975 und 1976 begonnenen bauten ausgelastet. 1977 und 1978 werden auch mehr wohnungen fertig werden. nach den wahlen im kommenden jahr wird aber das "grosse loch" kommen. heuer wurden von der landesregierung naemlich erst die gelder fuer rund 2.500 wohneinheiten fluessig gemacht, in der hoehe von rund 800 millionen. man wird daher heuer maximal auf 5.500 wohnungen kommen.

es ist richtig, sagte hahn weiter, dass 1976 1,6 milliarden an wohnbaufoerderungs-ruecklagen verbraucht wurden. mit dieser wohnungspolitik wird man aber gerade noch ueber die 78er-wahlen hinweg kommen. alle oevp-antraege zur verbesserung der situation wurden jedoch abgelehnt. wenn die ersten oeffentlichen mittel fuer 1977 genehmigte vorhaben erst 1978 ausbezahlt werden, wird das eine zusaetzliche mietbelastung bringen. die oevp geht aber nicht so weit wie die zeitschrift "besser wohnen", die von einer hoeheren quadratmeterbelastung von 10 schilling spricht, sondern rechnet mit 5 bis 7 schilling. dazu deutet aber noch der finanzminister eine drosselung der kapitalmarktmittel an. unter diesen umstaenden wird das alles den "tod des wohnbaues" bedeuten.

gr. hahn rechnete dann aus, dass von 29.766 wohnungen, fuer die der wohnbaufoerderungsbeirat von 1974 bis 1976 die foerderung empfohlen hat, bei einem zufluss von 7,258 milliarden noch 4 milliarden notwendig waeren. das heisst, dass 15.000 wohnungen gemeinnuetziger bautraeger, privater und eigenheimbauer noch keine zusicherung haben. ein weiteres offenes problem: die nachfoerderung soll ab 1975 auf beschluss des beirates eingestellt werden. das wuerde zu endlosen vertragsstreitigkeiten fuehren und viele wohnungswerber hart treffen. es

wird der vorschlag gemacht, noch bis herbst 1976 die nachfoerderung zu gewaehren, limitiert auf 5 prozent der baukosten.

ein hauptproblem bleibt jedoch die stadterneuerung. die gemeinde wien betreibt nach wie vor stadterweiterung in bezirken jenseits der donau, waehrend sie in inneren bezirken eine grosse anzahl von liegenschaften mit abbruchobjekten besitzt. gemeinnuetzige bautraeger haben ansuchen gestellt, die sofort zu bauen begonnen werden koennten, davon sind 8.600 wohnungen in echten stadterneuerungsgebieten. waehrend also die ansuchen der gemeinde wien fast nur stadterweiterungsgebiete betreffen, liegt die haelfte der ansuchen anderer bautraeger in erneuerungsgebieten. gr. hahn stellte daher den a n t r a g , dass im rahmen des fuenfjaehrigen wohnbauprogramms 70 prozent der foerderungen auf stadterneuerungsgebiete entfallen und nur 30 prozent fuer andere vorhaben zur verfuegung gestellt werden sollen. sowohl gemeinde wien als auch die anderen bautraeger sollen ihre vorhaben bzw. grundstuecke bekanntgeben.

weiter zum problem stadterneuerung: ausser in ottakring wurde bisher kein stadterneuerungsgebiet festgelegt. es gaebe aber noch genug attraktive gebiete, die sich im bundesbesitz befinden, wie bahngelaende und kasernen. es sei zu hoffen, dass etwa die verbauung der rennwegkaserne, ueber die ein architektenwettbewerb stattfindet, zu einer einvernehmlichen loesung fuehrt. in einem weiteren a n t r a g wird verlangt, dass die stadt wien grundstuecke, besonders in stadterneuerungsgebieten sowie gemeinde-eigene abbruchhaeuser, an gemeinnuetzige bautraeger verkauft.

die grundstueckreserven in wien, vier kasernen und der fuer eine wohnbebauung geeignete nordbahnhof, mit rund 200.000 quadratmeter, wuerden fuer 15 bis 20 jahre ausreichen. eine wesentliche voraussetzung dafuer ist aber ein finanzierungsplan. in dieser hinsicht kuemmert sich aber der finanzminister nicht mehr um die wohnungspolitik. der ueberschuss von 400 millionen aus dem wohn-beihilfenfonds wird fuer die pensionsversicherung der arbeiter verwendet.

beim wohnungsbau und bei der gesundheitspolitik hat die spoe am meisten versprochen, aber am wenigsten gehalten. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (12):

debatte wohnen (forts)

20 wien, 27.6. (rk) gr. n e u n t e u f e l (oevp) nahm zur situation des staedtischen wohnbaus und hier wieder besonders zum problem der altbautenerhaltung stellung. im kontrollamtsbericht seien 144 millionen nettomehrausgaben fuer die verwaltung der staedtischen wohnhaeuser ausgewiesen, davon jedoch nur 18 millionen fuer bauliche massnahmen und 10,2 millionen minderausgaben fuer die erhaltung. der oevp-fraktion sei es raetselhaft, wie ein derart grosses verwaltungsvolumen mit minderausgaben fuer die erhaltung veranschlagt werden koenne. im jahre 1972 seien pro wohnung 775 schilling fuer erhaltungskosten zur verfuegung gestanden, 1976 haetten diese angesichts der inflationsrate 1.159 schilling betragen muessen, tatsaechlich machen sie nun 1.005 schilling aus und das trotz steigender baukosten. erhaltungskosten, die so wenig mit der tatsaechlichen situation konform gehen, gefaehrden jedoch die bestanddauer der staedtischen wohnbauten. angesichts dieser tatsachen bedauerte neunteufel umsomehr die trennung der ma 24 (wohnhausbau) und der ma 27 (wohnhaeusererhaltung) in zwei verschiedene geschaeftsgruppen. nicht nur der wiener buerger, auch die sozialistische rathausmehrheit scheine ueber den zustand der staedtischen wohnhausbauten schlecht informiert zu sein.

neunteufel trat fuer wissenschaftliche untersuchungen und einen massnahmenkatalog ein. die bausubstanz soll nach altbauten, zwischenkriegsbauten und Neubauten getrennt untersucht werden. weiter waere zu klaeren, wieviele instandsetzungsarbeiten bereits durchgefuehrt wurden, wieviele gebrechensbehebungen, wieviele fassadenarbeiten, fugensanierungen, anstreicherarbeiten und anderes mehr. die finanzverwaltung unterliege jedenfalls einem trugschluss, wenn sie bei altbauerhaltung so bescheiden budgetiere, denn in wenigen jahren muesse ein vielfaches an reparaturkosten ausgegeben werden, um echte gefaehrungen zu vermeiden.

bei der revitalisierung von einzelprojekten herrsche ebenfalls ein starker mangel an information. der oevp seien nur die orte der

./.

revitalisierung, nicht aber die baukosten bekannt, oder wer spaeter in die wohnungen einziehen soll.

groesseres augenmerk muesste auch auf die instandsetzung der balkone und der baenke gerichtet werden. bei der mietenentwicklung, die sehr kompliziert verlaufe, sollte eine vereinheitlichung angestrebt werden. (ba) (forts)

1826

gemeinderat (13):

debatte wohnen (forts)

21 wien, 27.6. (rk) gr. margarete t i s c h l e r (spoe) erklaerte, dass die aktivitaeten auf dem gebiet der stadterneuerung wesentlich verstaerkt worden seien. die dichtverbauten inneren bezirke muessten als wohngebiete attraktiv erhalten werden, die wohnqualitaet muesse verbessert werden. eine vielzahl von grunderwerbungen und der gezielte einsatz von foederungsmitteln stehen im dienste der stadterneuerung. derzeit befinden sich 55 projekte in bauvorbereitung, im neuen wohnbauprogramm werden 33 weitere enthalten sein.

im assanierungsgebiet ottakring sei es bereits zu einigen verkaufsabschluessen gekommen, weitere stehen bevor.

die revitalisierung des spittelberges macht grosse fortschritte. die vergabe der wohnungen werde nach den Gesichtspunkten der wohnbaufoederung erfolgen, angestrebt werde eine durchmischung der bevoelkerung.

in engem zusammenhang mit der stadterneuerung stehe die wohnungsverbesserung. ein starker rueckgang der zahl der substandardwohnungen sei zu verzeichnen, seit 1971 sei die zahl der wohnungen ohne wasser und wc innen um 65.000 zurueckgegangen. die mittel fuer die wohnungsverbesserung seien wesentlich gesteigert worden. die entscheidung, den kreditrahmen mit 100.000 s zu begrenzen, sei richtig gewesen, da reine verschoenerungen und luxusausfuehrungen aufgabe des einzelnen seien.

tischler wandte sich gegen eine verunsicherung der kleingaertner durch einseitige darstellungen. fuer 115.000 quadratmeter kleingaerten, deren absiedlung beabsichtigt ist, stehen 315.000 quadratmeter ersatzgruende zur verfuegung. ueber 400.000 quadratmeter sind

als reserveflaechen vorhanden. 1974 gab es um 3,1 millionen quadratmeter mehr flaechen fuer kleingaerten, siedler und ernteland als 1924. die flaeche der kleingaerten in wien entspreche der groesse von vier wiener gemeindebezirken.

gr. dr. h a b l (oewp) kritisierte den verwirrenden mangel an transparenz im rechnungsabschluss. so werden zum beispiel im rechnungsabschluss die einnahmen aus grundtransaktionen mit den ansaetzen, im kontrollamtsbericht mit den vorjahrszahlen verglichen. habl regte an, bei der vergabe von baurechten zu ueberpruefen, ob die betreffenden grundstuecke nicht sinnvollerweiser verkauft werden sollten, und uebte kritik am kauf von teuren grundstuecken in teuren gebieten. auf zahlreichen grundstuecken der stadt wien herrschten sanitaere uebelstaende, fuer deren behebung ein viel zu geringer betrag vorhanden sei. (ger) (forts)

1828

gemeinderat (14):

debatte wohnen (schluss)

22 wien, 27.6. (rk) gr. l u s t i g (spoe) schlug vor, vorwiegend wiener firmen fuer den wohnbau zu beschaeftigen. die in wien fuer die bauwirtschaft guenstige situation fuehrte naemlich zu einem starken zustrom von nicht-wiener firmen.

wien hat ab 1975 mehr wohnbaufoerderungsmittel fuer bauvorhaben bewilligt als wohnbaufoerderungsmittel zuflossen. dies geschah zur arbeitsplatzsicherung und im sinne einer kontinuierlichen beschaeftigung der bauwirtschaft. die ruecklagen sind aber nun verbraucht und vorgriffe koennen nicht durch laengere zeit hindurch gemacht werden. es wird daher eine reduktion notwendig sein. 1974 wurden rund 8.200 wohnungen gefoerdert, 1975 rund 11.100 und 1976 rund 9.700 wohnungen. 1977 wird diese leistung wahrscheinlich auf rund 7.000 wohnungen reduziert. allerdings muss man beruecksichtigen, dass die ausgaben fuer wohnbeihilfen und eigenmittellersatzdarlehen steigen. diese

soziale massnahme sichert, dass sich auch weniger begueterte familien eine moderne wohnung leisten koennen. insgesamt leistete die stadt wien einen wesentlichen beitrag zur ueberwindung der konjunkturellen schwierigkeiten und zur verbesserung der wohnsituation in wien.

vizebuergemeister p f o c h (spoe) ging ebenfalls auf probleme der wohnbaufoerderung ein. 1971/72, als die baukosten am meisten stiegen, waere es verfehlt gewesen, durch maximale oeffentliche foerderung diesen trend zu verstaerken. damals legte man ruecklagen an. nun, da diese ruecklagen aus konjunkturellen gruenden verbraucht wurden, koennen heuer nur mindestens 6.500 wohnungen gefoerdert werden. dies bedeutet einen abfall gegenueber dem vorjahr, der sicherlich zu gross ist und daher wird man alle moeglichkeiten ausschöpfen, um eine uebergangslösung zu finden.

die stadt wien wendet aber auch beträchtliche mittel fuer die erhaltung bestehender wohnbauten und fuer die wohnungsverbesserung auf. so wurden die ansaetze fuer die erhaltung in den letzten jahren jeweils um 15 prozent erhoehrt. die projekte in ottakring und auf dem spittelberg sind beispielgebend fuer die stadterneuerung. die antraege fuer wohnungsverbesserungen stiegen rapid an und zeugen ebenfalls von einer bedeutenden leistung. insgesamt wurden durch die erfuellung des wohnbauprogramms in den letzten fuenf jahren rund 35.000 neue wohnungen in wien gebaut und jaehrlich rund 10.000 alte wohnungen verbessert. damit wurde innerhalb von fuenf jahren 10 prozent des wiener wohnungsbestandes qualitativ verbessert.

derzeit werden jaehrlich 50.000 antraege auf eine gemeindefohnung gestellt. davon bekommen 21.000 die notqualifikation und rund 29.000 werden abgelehnt. fuer jene familien, die abgelehnt werden muessen, sollen die gemeinnuetzigen wohnbaugenossenschaften hilfe bieten.

in der kleingartenfrage konnten in letzter zeit alle streitfragen zwischen dem verband der kleingaertner und der stadt wien in vielen gespraechen schrittweise abgebaut werden. derzeit stehen sechs millionen quadratmeter fuer kleingaertnerische nutzungen zur verfuegung. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (15):

debatte u-bahn

23 wien, 27.6. (rk) "wenn man den kontrollamtsbericht zum u-bahnbau lese, habe man das gefuehl, in einem wirtschaftskrimi zu blaettern", eroeffnete gr. dkfm. b a u e r (fpoe) die debatte "u-bahnbau". in verschiedenen stichproben seien bauwirtschaftliche maengel bei den bauabschnitten karlsplatz, stephansplatz und praterstern festgestellt worden, die eine zeitgerechte fertigstellung unmoeglich machen. zurueckzufuehren sei dieses dilemma auf unausgereifte planungen und vorbereitungsschwaechen. da nicht einmal die budgetierten mittel eingesetzt wurden und insgesamt 310 millionen weniger fuer den u-bahnbau aufgewendet wurden, ist mit langfristigen ueberschreitungen der bauzeit zu rechnen. dazu kommt noch, dass 162 millionen minderfordernis im konjunkturausgleichsbudget unzureichend begruendet wurden. andererseits habe es bei vielen streckenabschnitten infolge unzureichender vorbereitungsarbeiten mehrkosten gegeben, wie zum beispiel im bauabschnitt (roem) 2 am suedtiroler platz, wo die tatsaechlichen kosten den genehmigten sachkredit um 66,8 millionen ueberstiegen haetten.

zum gesamten u-bahnbau muesse festgestellt werden, dass vielfach unnoetige erweiterungsarbeiten durchgefuehrt wurden, und die einzelnen abteilungen ohne die notwendigen entschluesse des gemeinderates vorgegangen seien.

von stadtrat nekula fordere die fpoe nun klare stellungnahmen, und zwar bezueglich des weiterausbaus des u-bahnnetzes und zum anderen bezueglich der kuenftigen energieverorgung der stadt wien. nekula muesse klar ausdruecken, ob das 1975 vorgelegte energiekonzept noch geltung habe, in dem die nichtbeteiligung der stadt wien am ersten kernkraftwerk bedauert wird, oder ob nun das wort von buergermeister gratz gelte, der sich gegen die errichtung von kernkraftwerken ausspricht, solange wissenschaftler bedenken hegen und die frage des atommuells nicht geklaert ist. (ba)

gr. ing. k r e i n e r (oevp) erklarte, dass es wegen planungsfehlern und mangelnder bauvorbereitung zu wesentlichen verzoegerungen im u-bahn-bau - so zum beispiel in den abschnitten

nestroyplatz - praterstern und friedensbruecken - heiligenstadt gekommen sei. insgesamt komme es bei der fertigstellung des u-bahn-grundnetzes zu einer verzoeigerung von mindestens einem jahr.

im rechnungsabschluss wurden bei der post u-bahn-bau gegenueber dem budgetansatz verbesserungen in der hoehe von 514 millionen s erzielt. dies bedeutet, dass eine ausgabenpost, die sechs prozent der gesamtausgaben ausmache, ueber 30 prozent der gesamtverbesserungen verkraften muesse.

die minderausgaben beim u-bahn-bau seien kein beitrag zur verbesserung der verkehrsverhaeltnisse in wien. (ger) (forts)  
1919

gemeinderat (16):

debatte u-bahn (forts)

24 wien, 27.6. (rk) wenige monate vor eroeffnung der u 1 und der u 4 wird von der presse und von der oevp eine kampagne gegen den u-bahn-bau gefuehrt, erklarte gr. ing. n e d w e d (spoe). uebte man bisher kritik bei budgetueberschreitungen, werden nun mindererfordernisse zum anlass genommen, wobei neben den kontroll-  
amtsberichten die gegendarstellung der abteilungen nicht beruecksichtigt wird, wodurch kein objektives bild geboten wird. die nicht verbauten gelder machen jedoch 1975 nicht einmal zehn prozent, und laut rechnungsabschluss 1976 zirka 13 prozent aus. bedenkt man, dass pro tag bei der u-bahn 10 bis 12 millionen verbaut werden, kann durch unvorhergesehene schwierigkeiten, schlechte witterung etwa oder der einsturz der reichsbruecke, in wenigen tagen so ein mindererfordernis zustandekommen. sicher ist die kritik des kontrollamtes in gewissen belangen, wie bei der verspaeteten bekanntgabe von mehr- oder mindererfordernissen berechtigt. die politische zielsetzung, die schaffung einer modernen, dem internationalen standard entsprechende u-bahn, wurde jedoch in dieser zeit erfuehrt. es darf nicht vergessen werden, dass in wien beim u-bahn-bau vollkommenes neuland betreten wurde, und die bauabteilungen haben erfolgreich gearbeitet. 1976 wurden bereits eine probestrecke und die karlsplatz-passage uebergeben. jedenfalls wird eine u-bahn gebaut, in erstklassiger ausfuehrung, die in naechster zeit ihren

betrieb aufnehmen wird. von fehlplanungen kann keine rede sein. gewisse planungen mussten allerdings wegen des reichsbruecken-einsturzes auf eine spaetere phase verschoben werden, deshalb sind die 334 millionen mindererefordernis zustandegekommen. es konnten aber auch effektive einsparungen durch neue baumethoden gemacht werden. die finanzierung ist jedenfalls gesichert. es wurden mit den bisher verbauten 10 milliarden, die zur haelfte in andere bundeslaender geflossen sind, wichtige wirtschaftsimpulse gegeben. mit fussgaengerzonen und tiefgaragen im bereich des u-bahn-baues wurden beitraege zur stadtsanierung geleistet. (smo) (forts)  
1924

gemeinderat (17):

debatte u-bahn (forts)

25 wien, 27.6. (rk) die spoe, die die u-bahn lange zeit abgelehnt hat, kommt jetzt ins schleudern beim bau und bei der finanzierung, erklaerte gr. dr. m a y r (oevp). man ist nicht in der lage, das grundnetz in einer vertretbaren zeit zu bauen. so wird es mehr als zehn jahre dauern, bis in der jetzt am stephansplatz fertiggestellten station fuer die u 3 der erste zug fahren wird. man versucht nun, von diesen schwierigkeiten abzulenken, indem man das kontrollamt, die presse und die opposition angreift. tatsache ist, dass die organisation des u-bahn-baues von anfang an unbefriedigend geleest wurde. waehrend in muenchen sofort ein u-bahn-bauamt geschaffen wurde, kam es in wien nicht dazu. spaetere bemuehungen, wie die schaffung der ma 38, waren schritte dorthin, wo muenchen schon von anfang an war. haette man zuerst mehr ueberlegt, haette man heute keinen so kritischen kontrollamtsbericht.

mayr verlangte in einem a n t r a g , die trassenfuehrung fuer die linie 64 nach siebenhirten neu zu ueberpruefen. man sollte die resolution der mieter des wehnparks alt-erlaa ernst nehmen, die schwere belaestigungen durch die derzeitige trassenfuehrung befuerchten.

die u 3 wird in zukunft sicherlich mit prioritaaet behandelt werden, erklaerte gr. s e v c i k (spoe). allerdings werden das

tempo und der umfang des u-bahn-baus nicht so gross sein wie bisher. es gilt, drei zielsetzungen moeglichst in uebereinstimmung zu bringen: die sinnvolle ergaenzung des grundnetzes, die belastbarkeit der finanzen und die moeglichst geringe belaestigung der bewohner durch den bau. sevcik erklarte abschliessend, dass der naechstliegende beruehrungspunkt der geplanten strassenbahnlinie 64 zum wohnpark alt-erlaa 59 meter betragen soll. (sei)

gr. nedwed (spoe) habe in seiner rede so argumentiert, als ob der kontrollamtsbericht von lauter unsachgemaessen noerglern angefertigt werden waere, meldete sich gr. dipl.-ing. b a u e r (fpoe) ein zweites mal zu wort. von den abteilungen sei dagegen der kontrollamtsbericht zur kenntnis genommen, und die abstellung der missstaende zugesichert worden. im demokratischen wechselfpiel koennten die parteien einander nicht beweihraeuchern, sondern muessten kritik ueben. kritik sei jedoch nicht als persoentliche beleidigung aufzufassen. (ba) (forts)

2000

gemeinderat (18):

debatte u-bahn (schluss)

26 wien, 27.6. (rk) stadtrat n e k u l a stellte abschliessend fest, dass er sich mit dem kontrollamtsbericht, der ja die aufgabe der kontrolle und ueberpruefung habe, identifiziere, dass man aber gleichzeitig die argumente, wie es zu mindererfordernis und terminverzoegerung beim u-bahn-bau gekommen sei, kennen muesse. bei den verhandlungen mit den oebb muesse man bedenken, dass zum abschluss erfolgreicher gespraechе immer die bereitwilligkeit beider partner gehoere.

verzoegerungen haben sich auch beispielsweise aus der forderung des bundesdenkmalamtes ergeben, das die stationsbauwerke getreu nach otto wagner mit heutzutage viel zu schwachen beleuchtungskoepern ausstatten wollte.

in den haeusern oberhalb der u-bahn-trasse favoritenstrasse wurde die neue wiener schwelle verlegt, um die hausbewohner ausreichend vor laerm zu schuetzen - eine massnahme, die nachtraeglich erst genehmigt werden konnte.

./.

am franz josefs-kai haben zusaetzliche betonfundierungen zur absicherung der gebaeude eine langsame schildfahrt und dadurch terminverzoegerungen und minderausgaben bedingt. (ba)

die minderausgaben beim u-bahn-bau in der hoehe von 334 millionen schilling seien sehr differenziert zu betrachten, fuehrte stadtrat nekula weiter aus. so ergaben sich zum beispiel auch einsparungen durch die anwendung neuer baumethoden. im zusammenhang mit der planung im bereich praterstern machten die oebb einige auflagen fuer ihren betrieb, die schwierige verhandlungen erforderten. dadurch sei es in diesem bauabschnitt zu gewissen verzoegerungen gekommen. immer wieder sei im zuge der bauarbeiten mit neuen, manchmal auch nicht voll vorhersehbaren situationen zu rechnen.

auch die oevp habe anerkannt, dass es sinnvoll ist, das herzstueck der u 3 im bereich des stephansplatzes bereits jetzt, im rahmen der arbeiten fuer die u 1, zu errichten, um bei einem spaeteren bau der u 3 ein neuerliches aufgraben des stadtzentrums zu vermeiden.

die flaechenwidmung fuer die u 6 wurde vom gemeinderat einstimmig beschlossen. niemals habe darueber ein zweifel bestanden, dass die u 6 ab der philadelphiabruecke in hochlage errichtet wird. auch den bau der strassenbahnlinie 64 habe der gemeinderat einstimmig beschlossen. der einzige verlorene aufwand bei einer spaeteren umstellung auf u-bahn-betrieb sei der stromabnehmer.

die sitzung wird um 19.20 uhr unterbrochen. morgen dienstag, den 28. juni, wird um 9 uhr zunaechst eine sitzung des landtags eroeffnet. im anschluss daran werden die beratungen des gemeinderats ueber den rechnungsabschluss fortgesetzt. (ger) (schluss)